



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1917

492 (20.10.1917) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-175132](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-175132)

Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlich für den allgemeinen und speciellen Inhalt: Chefredakteur Dr. Fritz Goldmann; für den Anzeigen-Teil: Anton Gröber. Druck: Dr. Hans Mannheimer & Co. General-Anzeiger G. m. b. H., Mittelstr. 10, Mannheim — Druck-Abteilung: Mannheimer Anzeiger-Maschinen. — Fernsprecher: Nr. 7940, 7941, 7942, 7943, 7944. — Postfach-Nr. 1017. C. 2017. C. 2018. C. 2019.

Badische Neueste Nachrichten

Preisangebot: Die Spill. Kolonialzelle 40 Dfg., Kaffeemaschine III. 120 (einschließlich); Mittagsblatt vorm. 9/11 Uhr, Abendblatt nachm. 5 Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Ausgabe 1000 bis 10000 Zeilen monatlich. — Druck-Abteilung: Mannheimer Anzeiger-Maschinen. — Fernsprecher: Nr. 7940, 7941, 7942, 7943, 7944. — Postfach-Nr. 1017. C. 2017. C. 2018. C. 2019.

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. — Das Weltgeschehen im Bilde in moderner Kupfertiefdruck-Ausführung.

Mehr als 12 1/2 Milliarden gezeichnet.

Ein neuer Sieg in der Heimat.

Berlin, 20. Okt. (W.T.B. Amtlich.) Das Ergebnis der 7. Kriegsanleihe beträgt nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen 12 432 Millionen Mark.

Keine Teilanzeigen, sowie Teile der Festzeichnungen, für welche die Zeichnungsfrist erst am 20. November abläuft, stehen noch aus, so daß das Endergebnis 12,5 Milliarden überschreiten wird.

Insgesamt sind also im dritten Kriegsjahr 1917 mehr als 25,5 Milliarden Mark vom deutschen Volk aufgebracht worden, also über 4 Milliarden mehr als 1915 und 1916. Dieser in der Weltgeschichte bisher unerhörte wirtschaftliche und finanzielle Kraftbeweis ist die beste Antwort, die das deutsche Volk auf die Wilson'schen und auf die von seinen Gegnern ihren Vätern vorgeworfene Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands geben konnte.

Man wird die rühmenden und stolzen Worte, die die Deutsche des Mittelalters der Zahlen ansetzt, durchaus unterschätzen. Es ist in der Tat so: während die Kriegsnote immer härter drückt, während unsere Feinde immer noch neue und entscheidendere Anstrengungen zu unserer Vernichtung machen, die Deutschen durch die Deutschen besiegen lassen wollen, erhebt sich die Heimat zu einer neuen großen wirtschaftlichen und finanziellen Offensive, sagen die Besitzer der großen Vermögen und die der Spargroschen zu den Feinden: Und wenn Ihr noch so toll anstürmt, wir wissen es, wir werdet uns nicht überwinden, wir vertrauen der ungeheuren Kraft des deutschen Volkstörpers. Hindenburgs Wort und Ruf sind nicht vergeblich gewesen; Walter Gorb hat ganz richtig gesehen, wenn er in Naumanns „Hilse“ unläuglich schrieb: in den großen entscheidenden Fragen steht das deutsche Volk insgesamt hinter Hindenburg. Und, sagen wir hinzu, steht es unbedingt zu Hindenburgs Siegeswillen. Die neuen 12 Milliarden, die das deutsche Volk dem Reich zu Beginn des dritten Kriegswinters anvertraut hat, sind das ein frohlockendes Zeichen, wie sie ein frohlockendes Zeichen des Vertrauens sind, daß Deutschland sich durchschlagen und herrlicher und größer dastehen wird denn zuvor.

Nach 33% Kriegsmonaten, nach einem an Entbehrungen reichen Winter und einem opfervollen Sommer dringt das deutsche Volk dem Vaterland aufs neue seine Milliarden dar, um unsere Heere zu versorgen und ihre Widerstandskraft, die durch einen dritten Kriegswinter aufs neue angespannt wird bis zum äußersten, zu härten. 12,5 Milliarden Mark sind zu den mehr als 60 Milliarden gekommen, welche die 6 ersten Kriegsanleihen erbracht hatten. Im ganzen sind somit rund 72,5 Milliarden Mark durch Zeichnung auf feste, fundierte Kriegsanleihen zusammengebracht worden.

Auf die einzelnen Anleihen verteilt sich diese Gesamtsumme wie folgt:

Erste Kriegsanleihe	4 461 Millionen Mark.
Zweite Kriegsanleihe	9 106 Millionen Mark.
Dritte Kriegsanleihe	12 161 Millionen Mark.
Vierte Kriegsanleihe	10 768 Millionen Mark.
Fünfte Kriegsanleihe	10 690 Millionen Mark.
Sechste Kriegsanleihe	12 979 Millionen Mark.
Siebente Kriegsanleihe	12 300 Millionen Mark.
Insgesamt	72 604 Millionen Mark.

Es steht außer Frage, daß der jetzige erneute Erfolg für unsere Kriegsanleiher von der höchsten Bedeutung ist. Er gibt der Finanzverwaltung des Reiches eine vorzügliche Stütze, erleichtert ihr die Ananspruchnahme des Geldmarktes für die kommenden Monate und verhilft der Reichsbank zu einem reichlichen Rückfluß von Mitteln. Mit einem Wort, es ist damit auch unseren Geldmarktschleichen die Freiheit des Handelns gesichert. Wie unsere Kriegführung abhängt damit auch unsere Kriegsanleiher von dem Willen unserer Feinde, bei denen bis zu Beginn dieses Jahres von 170,5 Milliarden Gesamtkriegskosten nur 63,4 Milliarden Mark oder (nach den Berechnungen von Schwarz, Bankarchiv) 35,8 Prozent als andächtige Deckung aus Versteuern, Steuern und langfristigen Anleihen fanden, während nicht weniger als 113,5 Milliarden Mark oder 64,2 Prozent als schwebende Schuld aufgenommen werden mußten, davon 31 Milliarden Mark oder 17,5 Prozent als fiktives Geld. Wenn selbst auch im ersten Vierteljahr 1917 an neuen langfristigen Anleihen England mit 20 Milliarden Mark seiner dritten und vierten mit einigen wenigen Milliarden seiner letzten inneren langfristigen Kriegsanleihe herausgekommen sind, so sind doch auch die Kriegskosten des Vierjahreskampfes inzwischen wieder gestiegen. Es erhöhten sich nämlich die schwebenden Schulden bis Ende Juli bereits auf 144 Milliarden Mark, das sind 59 Prozent der Kriegskosten. Davon waren nicht weniger als 44 Milliarden Mark oder 30 Prozent Kassen und Kapitalerlöse. Bis Anfang Oktober aber hatte sich diese Schuld bereits auf 170 Milliarden erhöht und bis Ende des Jahres dürfte sie auf 200 Milliarden angewachsen sein. Selbst Länder wie England und Frankreich, die sich immer so viel auf ihrem Reichum zu verlassen haben und ihr oft genug als politische Druckmittel gebrauchten, können nur noch 88,2 bzw. 47,2 Prozent ihrer Kriegskosten

aus dem im Lande vorhandenen Kapital decken. Wie mag es später mit der Umwandlung ihrer schwebenden Schuld in fundierte Anleihen werden?

Wie ganz anders bei uns! Mit der Bereinigung des Wirtschaftskreislaufes in unserem Wirtschaftskörper auf den Kreis des nationalen Wirtschaftslebens hat er an Schnelligkeit nur gewonnen. Die Erzeugnisse des eigenen Bodens nähren uns und an den weiten Fronten des Westens und Ostens sowie auf den Meeren verwenden wir nur Erzeugnisse deutschen Gewerbestandes. Fast ohne Abzug bleibt alles, worüber wir an finanziellen Kräften verfügen, im Inland und strömt in breitem Strome vom Einzelnen zum Staat und vom Staat zum Einzelnen.

Mit der siebenten Kriegsanleihe hat das Deutschland in der Heimat von neuem eine Dankschuld an seine Helden an den Fronten für den Schutz des Landes und die dadurch ermöglichte glänzende Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens entrichtet. Es hat sein Kapital gegeben, damit es von neuem der Arbeit zugeführt wird, denn nur die Arbeit haucht ihm Leben ein. Gold hat sich von neuem zum Eisen gefügt und uns zum geistlichen Siege verholfen.

Von besonderem Interesse wird es bei unserer siebenten Kriegsanleihe sein, zu sehen, wie sich die 43,7-prozentigen Schatzscheine neben der 3-prozentigen Anleihe bewähren haben. Mit ihren laufenden Verlebensausgaben waren sie hauptsächlich für die großen Vermögensverwaltungen, Sparkassen, Stiftungen, Pensionsanstalten, Versicherungsanstalten und Genossenschaften bestimmt, denen an einer Anleihe liegen muß, deren Kurs nach Möglichkeit den Schwankungen der Wertstimmung entzogen ist. Sie hatten im Frühjahr nicht den Erfolg, den man sich von ihnen versprochen hatte, weil das Publikum zu sehr an den 3-prozentigen Topus gewöhnt war. Inzwischen dürfte man ihre Vorzüge wahrscheinlich besser erkannt haben.

Mit seinen neuen Kriegsanleihen hat das deutsche Volk wieder einmal gezeigt, daß es mit unerschütterlichem Vertrauen zu seinen Führern steht und das es bereit ist auch sein Gut daran zu setzen um zu siegen und daß seine Hilfskräfte unerschöpflich die auf einen wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands aufgebauten Hoffnungen unserer Feinde trügerisch aber unvergänglich sind.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 20. Oktober. (W.T.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Kronprinz Ruprecht von Bayern

Bei ungünstigen Beobachtungsbedingungen blieb der Feuerkampf in Flandern geringer als an den Vortagen. Nur in einzelnen Abschnitten zwischen Houthousterwald und Deule war er zeitweilig stark.

Ertüchtigungsgeschäfte spielten sich an mehreren Stellen, auch im Artois und nördlich von St. Quentin, mit für uns günstigem Erfolg ab.

Heeresgruppe des Deutschen Kronprinzen

Die Artilleriegefechte nordöstlich von Solfons dauern an. In der Nacht vorübergehend nachlassender Heftigkeit bekämpften sich auch dort zusammengezogene Artilleriemengen mit äußerster Kraft. Anhäufendes Märschfeuer von Minenwerfern hat die vor deren Kampfszene zwischen Douaillon und Reims liegenden Gelände in ein Trichterfeld verwandelt.

Einzelne Vorstöße französischer Aufklärungsgruppen wurden abgewiesen; größere Angriffe sind bisher nicht erfolgt.

Ostlich der Maas schwoll die Feuerstärke gestern nachmittag an. Mehrere eigene Unternehmungen brachten uns Gefangene ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Wir haben auch auf der Insel Dago Truppen gelandet, wo schon vor einigen Tagen Landungsabteilungen der Marine zur Sicherung der beabsichtigten Auslastungsstellen Fuß gefaßt hatten.

Die dort eingeleiteten Operationen verlaufen plangemäß. Von der Ostseeküste bis zum Schwarzen Meer nichts von Bedeutung.

Mazedonische Front.

Am Westufer des Ohridasees wurden angreifende französische Kompagnien zurückgeworfen. Bei Monastir, im Ceradogen und bei Dobropolje lebte das Feuer auf.

Der erste Generalquartiermeister: Cudacodoff.

Dede und die Dardanellen.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 20. Okt. (Priv.-Tel. z. R.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet: „Corriere della Sera“ berichtet aus London, in England habe die Reichweite, mit der die deutschen Schiffsgeschütze die russischen Landbatterien niederkämpften, große Verwunderung hervorgerufen. Das Ergebnis widerspricht derart den englischen Erwartungen bei den Dardanellen, daß man eifrig nach der Ursache forscht. Man erklärte sich schließlich den Unterschied durch die türkischen Treibminen, welche in rühmlichen Bewährungen nicht verwendbar waren. Ferner sind die englischen Militärärzte der Ansicht, daß die Deutschen Geschütze mit außerordent-

licher Explosivkraft verwendeten, während die Engländer bei ihrem mißglückten Sturm in den Dardanellen nur die für den Schiffsturm geeigneten, auf starken Durchschlag berechneten Geschütze gebrauchten.

Russische Befürchtungen.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 20. Okt. (Priv.-Tel. z. R.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet: Der Londoner Korrespondent des „Corriere della Sera“ meldet, gestützt auf englische Informationen, in Petersburg werde in der Frage der Belagerung der Insel Defel durch die Deutschen auf die Desorganisation in der russischen Marine hingewiesen, welche mit der Zuchtlosigkeit im Heere Schritt halte. Vorher der Belagerung der Insel scheint man eine Landung südlich von Kessal zu fürchten. Die Petersburger Blätter schreiben, durch den Besitz der 300 Kilometer von Petersburg entfernten Insel gelänge der Feind auf alle Fälle einen wichtigen Stützpunkt, um die russische Hauptstadt mit Flugzeugen und Luftschiffen heimzusuchen.

Die bevorstehende Räumung Petersburgs.

m. Köln, 20. Okt. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Zu dem Plan der Räumung Petersburgs meldet Reuters noch: Zur Vorbereitung und Regelung der Räumung Petersburgs ist ein dreigliedriger Ausschuss mit dem Minister Ritschlin als Obmann ernannt worden. Die Regierung wird wahrscheinlich nach Moskau überziehen und im Kreml ihren Sitz aufschlagen. Auch die verfassunggebende Versammlung wird voraussichtlich in Moskau tagen. Es ist schon ein Gebäude für sie bestimmt. Die Überlieferung der Regierungsorgane wird nicht überholt gehen. Das Parlament soll nach seiner ersten Sitzung in Petersburg abhalten. In dieser Sitzung soll die Regierung die Gründe für ihren Umzug nach Moskau darlegen.

Warum?

□ Berlin, 20. Oktober. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Rotterdam meldet die „N. Z.“ Daily Mail fragt, warum die englische Flotte im Rigaischen Meerbusen nicht eingeschritten ist, und warum nicht mindestens englische Landboote bei der Hand waren.

Ruhland vor der Katastrophe.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 20. Oktober. (Priv.-Tel. z. R.) Die Schweizer Depeschen-Information berichtet: „Austri-Weinmann“ bringt gestern einen Artikel, in welchem es heißt, das Schwere Unglück über Rußland liegt bevor. Viele Reben der letzten Tage sind von panischem Schrecken getrieben. Auch wir haben mit höchster Beforgnis auf die internationale Stellung Rußlands. Wie können wir den Krieg fortsetzen bei unserem maritimen, militärischen, finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen, staatlichen, und nationalen Zusammenbruch? Wohlgerne werden wir uns für lange Zeit aus der Sphäre der Großmächte.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 19. Oktober. (W.T.B. Amtlich.)

1. Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Rohrbach, hat am 2. Oktober nördlich von Island den englischen Panzerkreuzer „Drake“ (14 300 T. Wasserverdrängung) durch Torpedoschuß versenkt.

2. Weiterhin wurden durch unsere U-Boote im Atlantischen Ozean neuerdings

16 000 Bruttoregister-Tonnen

Handelschifftraum versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Drake“ (2267 Br.-R.T.), sowie der englische Dampfer „Heron“ mit einer Kohlenladung, ferner die französische Dreimastbarke „Neuilly“ mit 3080 Tonnen Getreide von Melbourne nach Bordeaux, sowie die französischen Fischkutter „Union republicaine“, „Deux Jeannes“, „Oberle“, „Peuples“ und „Freres“, von denen die drei letzten bewaffnet waren.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Das entwichene U-Boot.

m. Köln, 20. Okt. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet von der Schweizerischen Grenze: In einer Pariser Meldung behauptet die „Nouvelle Correspondence“, infolge der Untersuchung über die Umstände bei der Entweichung des U-Bootes U 20 wurde der Marineminister von Kron auf Verlangen Spaniens von der deutschen Regierung abberufen. Die französische Regierung wurde um Freigabe für den Marineminister ersucht, damit er durch die Schweiz nach Deutschland zurückkehren könne. Die Befestigung bleibt abzuwarten.

Kriegsergebnisse im Westen.

Die von unseren Truppen standfest und kühn gebaltene Front im Westen hat eine Gesamtlänge von 685 Kilometern; davon entfallen 545 Kilometer auf den französischen und 140 Kilometer auf den englischen Gegner.

Das ungeheure Ringen spielt sich zum weitaus größten Teil auf belgisch-französischem Boden ab. Deutschland hält beiseit: 19 220 Quadratkilometer französisches und 28 980 Quadratkilometer belgisches Bodens, insgesamt 48 200 Quadratkilometer. Dagegen hat Frankreich im äußersten Südwesten von Elsass nur 900 Quadratkilometer deutschen Bodens und zwar meist Gebirgsland, zurzeit in Besitz.

Den gewaltigen Gebieten, die wir im Westen den Feinden abgenommen haben, entspricht unsere ungeheure Menge an Gefangenen und Kriegsmaterial. An Gefangenen haben wir (bis zum 10. August 1917) 54 897 Engländer und 402 704 Franzosen eibringen können. Dazu haben wir 2413 französische und englische Geschütze (bis zum 26. Juli 1917) erobert. Die Zahl der Maschinengewehre ist auch nicht an-

näherad festzustellen, da sie an der Front meistens sofort gegen den Feind verendet werden.

Nichts bemerkt deutlicher die verlustreiche Ohnmacht unserer Gegner, die zu ihren Erwartungen, Hoffnungen und Zukunftsaussichten in schroffem Gegensatz steht, als diese nach-

Die unüberwindlichen Schwierigkeiten der englischen Flandernoffensive.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 26. Okt. (Pr.-Tel. 3. R.) Der Neuen Zürcher Zeitung zufolge berichtet der Londoner Korrespondent des Secolo: Die Kriegsbefehlshaber an der französischen Front betonen einstimmig die außerordentlichen Schwierigkeiten der neuesten englischen Offensive, die unter den Weiterbildenden leide. Das Meer von Schlamme habe an Umfang und Tiefe zugenommen, daß die Bioniere nur wenig ausgerichtet vermögen. Der letzte Versuch sei deshalb nach halb erreichtem Ziele im Schlamme durchschlägig gestanden.

Die englischen Offiziersverluste.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 26. Oktober. (Priv.-Tel. 3. R.) Den „Pester Nachrichten“ zufolge meldet Reuters amtlich aus London: Die Gesamtverluste an Offizieren in der englischen Armee betragen im August auf allen Kriegsschauplätzen 5678, also durchschnittlich täglich 189; im September zusammen 1182, also durchschnittlich täglich 106. Der höchste Verlust war im Juli zu verzeichnen, wo er 5742, also durchschnittlich täglich 262 betrug.

Bln, 19. Okt. (M.B. Nichtamtlich.) Die „Rheinische Zeitung“ meldet aus Kopenhagen auffallende Verkehrsrückgänge an der englischen Westküste. Das Blatt „Politiken“ meldet, von Bergen lauten aufsehenerregende Mitteilungen von norwegischen Seeleuten ein, die in der englischen Küstenfahrt beschäftigt waren und nach Bergen zurückgekehrt sind, weil der Verkehr an der englischen Westküste zurückgegangen ist. Ueber die Ursache ist nichts Bestimmtes bekannt, aber man meint, daß die Einstellung des Küstenverkehrs mit bestimmten deutschen Flottenplänen, wahrscheinlich II-Bootvorankünften in Verbindung stehe. Jedenfalls geben die Verkehrsbeschränkungen Anlaß zu geheimnisvollen Gerüchten.

Die Neutralen.

Die Grundzüge der neuen schwedischen Regierung.

Stockholm, 19. Okt. (M.B. Nichtamtlich.) „Svepost Telegrammbüro“ meldet: Bei der Einleitung des neuen Ministeriums führte Staatsminister Eden über die Hauptgrundzüge der neuen Regierung aus: Unsere erste Aufgabe wird sein, in Uebereinstimmung mit den wiederholt bekanntgegebenen Wünschen der schwedischen Regierung und dem klar ausgedrückten Willen des schwedischen Volkes eine unverrückbare nach allen Seiten strenge unparteiische Neutralitätspolitik und eine damit übereinstimmende Handelspolitik aufrecht zu erhalten. Das besondere Zusammenwirken der drei skandinavischen Reiche, das während des Krieges zu Stande kam, vermindert sich, ist unser lebhafter Wunsch. Den Bestrebungen, die mit immer wachsender Eifer auf verschiedenen Seiten hervortreten, nach diesem weitverbreiteten Krieg einen dauerhaften Frieden zu schaffen, sowie eine internationale Rechtsordnung, die geeignet ist den Frieden zu sichern und eine Milderung der Rüstungskosten zu ermöglichen, schließen wir uns von Herzen an. Offenbar ist es uns unmöglich, an die Lösung der Fragen betreffend die Beschränkung der Verteidigungsmittel unseres Landes, ihre Anpassung an die Tragkraft des Volkes und die Bedürfnisse einer friedlichen Kultur während der Kriegsdauer heranzutreten. Aber wir wollen nicht unterlassen, unsere Ueberzeugung auszusprechen, daß diese Fragen eingehend geprüft werden müssen, wenn einmal der Krieg beendet ist, unter Berücksichtigung der in der Welt herrschenden Verhältnisse. Infolge der Haltung der kriegsführenden Mächte zu dem neutralen Handel und Verkehr sind immer größere Schwierigkeiten entstanden für die Sicherung unserer Volksernährung und die Tätigkeit unserer Industrie. Die Lage ist im gegenwärtigen Moment sehr ernst. Sie fordert unablässig, daß Regierung und Volk mit vereinten Kräften nach Auswegen suchen, durch die der Grund mehr möglich erleichtert wird und die Kriegsentlastung ohne großen Schaden durchbleiben kann. Zu diesem Zweck müssen alle Anstrengungen gemacht werden, die eigenen Vorräte bis zum äußersten auszunutzen, die Produktion, vor allem von den unersetzlichen Lebensbedürfnissen zu fördern und zu sichern, die Interessen der Produzenten und Konsumenten abzuwägen und in der größtmöglichen Umfassung den Handelsaustausch mit den fremden Ländern aufrecht zu erhalten. Die schwere Zeit, die unser Volk jetzt durchlebt, hat mit ganz besonderer Stärke die Notwendigkeit hervor, durch eine strenge demokratische Politik auf den verschiedenen Gebieten das gesellschaftliche Leben samtliche Volksschichten in gemeinsamer Arbeit für das Wohl des Landes zu sammeln suchen. Bei den eben besprochenen Wahlen zur Zweiten Kammer des Reichstages schloß sich die große Mehrheit den Forderungen nach verschiedenen Verfassungsreformen an, in erster Linie der Umgestaltung des Gewerbesteuerrechts nach dem Grundgedanken des gleichen Wahlrechts für alle, die Gemeindesteuern bezahlen, die Erweiterung des politischen Wahlrechts der Frau und die Revision gewisser Bestimmungen, die bei den jetzigen Bestimmungen das Wahlrecht beschränken. Wir werden unermüdetlich die Arbeit zur Vorbereitung der Schritte zu den Verfassungsreformen aufnehmen, damit solche Schritte von unser Reichstag baldmöglichst dem Reichstag vorgelegt werden können.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Die Schlussrede.

zu. Wilsberg, 20. Okt. (Priv.-Tel.) Im heute festlichen Schlußtag des sozialdemokratischen Parteitag mit starker Abwesenheit der Mitglieder der Partei. Die geniale, energiegeladene und langweiligen Verhandlungen dieses Tages wurden durch einen demokratischen Zwischenfall unterbrochen, den der gut-unabhängigen Richtung stehende, aber im Auftrag seiner Organisation stehende in den Parteiverhandlungen teilnehmende Abgeordnete Schmidt-Klein provozieren. Er wandte sich gegen einen der vorliegenden Anträge mit dem Bemerkung, alle diese Anträge solle der Parteitag ablehnen, soweit sie die Partei für die Zeit nach dem Kriege binde. (Schlußruf.) Der Parteitag antwortete dem Schmidt-Klein, daß sein Bild von der sozialistischen Lage in der Partei und er ist nicht seine offizielle Vertretung der Partei. Schluß der Unterredungen, Kurze und präzise folgende diese Unterredungen, jedoch der Rückende, Abg. Schmidt-Klein, sich veranlaßt sieht, den Redner zu unterbrechen. Er bemerkt dann: Ich protestiere auf das entschiedenste gegen diese Ausführungen des Genossen Schmidt, die offenbar einen besonderen Zweck verfolgen.

Schmidt (fortsetzend): Die Beratung unserer Beschlüsse über ist mir vollkommen unterhändig.

Schmidt (unterbrechend): Ich bin gar nicht in Bewegung, Genosse Schmidt. Ich bin hier aber in Wahrung der Geschäfte des Parteitag bestellend und lasse mir das Recht nicht nehmen, die Beschlüsse zu konstatieren, daß Sie hier einen Streit vom Zaun brechen wollen.

Schmidt: Das liegt mir ganz fern. Ich habe nur darüber reden wollen, daß wenn wir uns heute binden, wir nach dem Kriege nur vor neue Stürme geholt werden. Jetzt: Ich weiß, der Parteitag bestellend ja mich nicht auf Grund demokratischer Grundzüge. Die weiteren Ausführungen gehen in einem ausbrechenden Tumult verloren.

Der folgende Redner Müller vom Parteivorstand, der sich mit den Anträgen beschäftigt, kann sich nur mühsam Bahre verschaffen. Inzwischen geht Schmidt, höflich lächelnd, zu seinen unabhängigen Parteigenossen am Rednerisch hinüber. Dabei wird ihm aus dem Saal zugerufen: Schäm Dich! Das hast Du ja wieder gut gemacht, aufgerechnet am letzten Tage!

Am Schluß der Debatte nimmt dann Redakteur Lohse, Breslau das Wort zu einer Anfrage an den Genossen Schmidt, in dem er ausführt: Ich möchte den Genossen Schmidt fragen, wie er

zu seiner Behauptung gekommen ist, daß der Parteitag nicht den Ausdruck des gesamten Willens der Partei darstelle. Zuruf von Schmidt: Weil die Mehrheit im Saal steht!

Loeb: Soweit die Genossen in der Heimat sind, hätten sie nichts gegen die Ablehnung des Parteitag einzuwenden. Was die Feldgenossen anbelangt, so ist der Parteitag früher als alle anderen Parteitage, bereits seit 4 Monaten angekündigt. In dieser Zeit haben also alle parteipolitisch-interessierten Kreise Kenntnis von der Absicht, den Parteitag abzuhalten, bekommen und gerade mir, die wir täglich 300 Briefe aus dem Feld erhalten, konnten gewiß verfolgen, ob auch für ein Genosse Einspruch gegen die Ablehnung des Parteitag geäußert hat. Aber es ist uns auch nicht eine einzige solche Stimme bekanntgeworden ebensowenig, wie bei der Parteileitung ein Protest eingegangen ist. Was aber an uns gekommen ist, das waren Zustimmungsschreiben aus allen Kreisen. Wir wissen daraus, daß die Partei mit großem Interesse entgegengekommen wurde. Sie wissen ja auch, daß gleich am ersten Tage die Feldgenossen uns mit einem Telegramm begrüßt haben. (Zurufe: Ja! Ja! doch den Saal leer!)

Darauf wird der Antrag auf Veränderung des Organisationsstatus abgelehnt.

Die Wahl des Tagungsortes für den nächsten Parteitag wird dem Parteivorstand überlassen, da, wie der Vorsitzende Ebert bemerkte, das Ende des Jahres noch nicht abzusehen sei und man nicht wisse, unter welchen Verhältnissen er abgehalten werden würde.

Darauf spricht Abg. Ebert das Schlußwort zum Parteitag: Er dankt zunächst den Würzburger Parteigenossen für die schöne Aufnahme des Parteitag im so gemütlichen, weingelagerten Würzburg. Die ganze eigenartige Schönheit des Frankenlandes habe die treue Kameradschaft der Parteigenossen neu belebt. Er dankt auch zum ersten Male seit dem Bestehen sozialdemokratischer Parteitage neben den Kommissionsmitgliedern auch den Vertretern der Presse, die bis zum Schluß der Tagung hier ausgehört hätten. (Beifall) Dann fährt er fort: Unsere Verhandlungen sind mit Ernst und Sachlichkeit geführt worden. Sie standen auf einer erfreulichen Höhe und sie haben uns alle voll befriedigt. Die Verhandlungen erfolgten öffentlich vor aller Welt. Wir deutschen Sozialdemokraten haben nichts zu verbergen gehabt und brauchten auch keinerlei Fragen auszuweichen.

Die Statistiken für die künftige Arbeit der Partei sind klar und fest anzusehen worden. Die Verhandlungen haben bei den Arbeitern in der Heimat wie an der Front frohen und freundlichen Widerhall gefunden. Der Grundgedanke unserer Verhandlungen war von klarer innerlicher Geslossenheit der Partei getragen, die uns mit großer Siegesgewissheit erfüllt hat. Niemand hat diesen Parteitag so sehr herbeigewünscht, wie die Parteileitung. Wir waren viel öfter als sonst gezwungen, in den wichtigsten Fragen selbständig zu entscheiden, und es hat uns mit Begeisterung erfüllt, daß wir uns dabei durchwegs im Rahmen ihrer Zustimmung bewegt haben. (Beifall.) Noch geht das Für und Wider in unserer politischen Haltung hin und her. Wenn aber die Alldeutschen unsere Beschlüsse so auslegen, daß wir nunmehr dauernd alle Kredite und unter allen Umständen bewilligen müssen, so ist das falsch. (Zuruf: Richtig.) Die Partei wird auch in Zukunft in jedem einzelnen Falle sich ihre Entscheidung vorbehalten. (Beifall.) Jetzt gilt es, die bisher geäußerten Meinungsäußerungen innerhalb der Partei einzustellen und den Blick vorwärts zu richten. Der Höhepunkt unserer Verhandlungen bildete das Referat Scheidemanns über die künftigen Aufgaben der Partei. Will Deutschland seine Stellung in der Welt wiedergewinnen, so muß es seine Volkswirtschaft neu aufbauen unter Berücksichtigung aller sozialpolitischen Forderungen. Was auf diesem Gebiet geschehen muß, hat der Parteitag in seinen Beschlüssen geregelt. Die Kriegskosten müssen durch die Kriegsgewinne, aber auch durch den Besitz, der schon vor dem Kriege bestand, in erster Linie gedeckt werden. (Sehr richtig.) Wir allein müssen wir darauf hinarbeiten, ein freies Deutschland, frei von allen Klassenprivilegien, allen politischen und geistigen Hemmnissen und Bevormundungen, zu schaffen.

Mit erstem Nachdruck hat der Parteitag mehrfach auf die große Verantwortung hingewiesen, welche der Reichsregierung nun obliegt. Sie soll sich nicht täuschen, daß noch manches unangenehme geübt ist, was sie dennoch verstehen sollte. (Beifall.) Der Höhepunkt der Tagung zu allen Herzen unserer Gegner gefunden hat, der hat auch unsere Herzen ergriffen. Wir legen diesem Höhe die Hände entgegen, die allein imstande ist, die Bitterkeit zu einigen und den Tag des Friedens uns näherzubringen. Eine unheilvolle Verblendung hat zur Spaltung der deutschen Sozialdemokratie geführt. Wegen sich die Augen der deutschen Arbeiterklasse nicht trüben lassen dürfen den Nebel der Fäulnis. Wir schließen uns zusammen in dem entschlossenen Willen, vorwärts zu streben und gegen den Ruf, in dem ich Sie einzustimmen bitte: „Die völkerverfeindende Sozialdemokratie hoch!“

Die Delegierten stimmten in den Ruf ein und sangen dann „Wohin, wer Recht und Freiheit liebt“, nach der Melodie der Marxlied. Darauf erklärte der Vorsitzende den Parteitag für geschlossen.

Deutsches Reich.

Erhöhung des Petroleumpreises.

Berlin, 20. Okt. (M.B. Nichtamtlich.) Der Bundesrat beschloß eine Erhöhung der Petroleumpreise. Der Höchstpreis wird von 80 auf 85 Pf. für 100 Liter, der Kleinhandelspreis von 80 auf 85 Pf. für 100 Liter, bei Befreiung im Haus des Abnehmers auf 40 Pf. für 100 Liter erhöht. Bei Befreiung aus Wirtschaftszwecken beträgt der Höchstpreis 55 Pf. an Stelle des bisherigen Höchstpreises von 50 Pf. für 100 Liter. Die an die Zentralstelle für Petroleumversorgung angefallenen Petroleumgesellschaften verpflichten sich der Reichsregierung gegenüber, bei der Abgabe von Petroleum an Wirtschaftszwecke einen Preis von 55 Pf. für 100 Litern, bei der Befreiung aus Wirtschaftszwecken an Verbraucherhöfen 40 auf 45 Pf. einen Preis von 50 Pf. für 100 Liter nicht zu überschreiten. Hierdurch wird einseitig der Zwischenhandel ausbleibende Vertriebsmöglichkeiten gegeben und andererseits dem Kleinhandel eine Preisermäßigung von 5 Pf. für 100 Liter ermöglicht. Die Erhöhung der seit 1915 nicht veränderten Höchstpreise vollstreckt sich durch die wesentliche Erhöhung der Umsatzpreise und Umkosten, die dem Petroleumverbraucher nicht mehr die Möglichkeit eines angemessenen Gewinnes liehen. Gleichzeitig mit der Erhöhung der Höchstpreise erfolgte eine Detaillierung der Selbstgehalte für Petroleumgewinne. Die Erhöhung, die bisher auf Eisenhütten beschränkt waren, wurden auf alle Erzeugnisse ausgedehnt. Die neuen Preise treten mit dem 30. Oktober in Kraft.

Letzte Meldungen.

Innen wieder Elßaß-Lothringen.

Feste Zuversicherungen Englands und Amerikas an Frankreich. — Vertrauensvotum für das Kabinett Painlevé.

Paris, 20. Okt. (M.B. Nichtamtlich.) Painlevé begann, indem er erklärte die Debatte müßte die Entscheidung herbeiführen, die es der jetzigen Regierung ermöglichte sich zu vergewissern, ob die Kammer ihr Vertrauen zur Regierung wiederherbehalte, die ihr Werk im Sinne der Kammer fortsetzen wolle. Sie bin überzeugt, fuhr er fort, daß die Alliierten den Sieg in Händen haben, wenn sie sich Disziplinieren und alle Anstrengungen machen. So ist daran zu erinnern, daß vor einem Monat alle Fragen als höchst außerordentlich aufgetreten sind: Unsere Ernährung, die Transportorganisation unserer Front wegen der Ereignisse in Rußland und verchiedenen Ausstände in gewissen Zweigen der Kriegsindustrie.

Alle diese Probleme standen wie eine hungrige Meute der Regierung gegenüber. Aber dank der Einigkeit aller Minister konnte

die Regierung den sehr schwierigen Umständen die Seiten nicht Painlevé wiederholte die Kriegsziele Frankreichs, die ausschließlich die Wiederherstellung des Rechts seien. Diese Ziele unabhängig von dem Ausgang der Schlachten waren dieselben, als das gesamte Frankreich sich gegen die Annexion Elßaß-Lothringens ausgesprochen: Die Rückkehr Elßaß-Lothringens zum Vaterlande, das ist das Recht. Painlevé sagte weiter: Ich habe es gesagt, was auch der Ausgang der Schlachten sei, wir müssen den Krieg bis zu der Rückkehr Elßaß-Lothringens zu Frankreich weiterführen.

Wir können nicht darauf verzichten, solange Frankreich nicht abdankt und in Anerkennung gehen will. Wir müssen den Krieg führen mit allen Mitteln und die Hilfsquellen der Verbündeten gemeinsam ausnützen, um ihre Kriegsziele zu erreichen und damit Elßaß-Lothringen zu Frankreich zurückzuführen. Es spielte dann auf die Gerüchte an, welche über die Geheim-Eingänge umlaufen und erklärte, daß die Regierung niemals Gelegenheit gehabt habe, den Gedanken eines Sonderfriedens zurückzuweisen. Dieser habe sich niemals gezeigt.

Redner wiederholte sodann den Wortlaut der ministeriellen Erklärung über die Kriegsdauer: „Nicht eine Stunde länger, aber auch nicht eine Stunde zu früh!“ Alle lebendigen Kräfte Frankreichs müssen nutzbar gemacht werden und die verbündeten Nationen müssen ihre Anstrengungen dem anschließenden. Unsere Macht erschöpfen dann zermalmend, der Sieg besonders nahe; wenn wir geteilt marschieren, so ist das Ziel, das wir verfolgen, weit entfernt.

Das Zusammenarbeiten unserer englischen Freunde mit uns ist ganz festgelegt. Wir arbeiten zusammen, sehen die ganze Mode unserer Flugwesens und unserer Kräfte ein und kämpfen Schulter an Schulter, nicht als wären es zwei verbündete Armeen, sondern eine einzige. Wenn ich so nach England und Frankreich spreche, vergeße ich darum gleichwohl nicht unsere anderen tapferen Verbündeten, wie es aber, weil die französisch-englische Front eine gemeinsame ist.

Jetzt finden weitere Verhandlungen zwecks Ausdehnung der englischen Front statt. Am Samstag wurde ich in London, als Staatssekretär von Kühmann sagte, daß niemals ein Zoll deutschen Bodens abgetreten wird. Dies war eine Forderung in der Elßaß-Lothringischen Frage. Lloyd George gab zum erstenmale eine förmliche Erklärung ab und antwortete Staatssekretär von Kühmann mit einer anderen ebenfalls förmlichen Erklärung, indem er erklärte, England stehe an der Seite Frankreichs als Frankreich Elßaß-Lothringen besannent hat. Am folgenden Tage gaben die Vereinigten Staaten eine gleiche Erklärung ab.

Painlevé besah sich sodann mit der inneren Politik und sagte: Es ist unerlässlich, daß die Gerechtigkeit frei und unbeeinträchtigt ihren Lauf nehme. In gerichtlichen Angelegenheiten darf man sich nicht erziehen und Vergessnisse aufdecken, wenn diese bereits Richter vorliegen. Wir sind wehrlos gegenüber der Verleumdung oder verpflügelt, mit Hilfe des Gesetzes vom 4. August 1915 diejenigen zu verfolgen, welche die Regierung angreifen und versuchen die Moral der Nation zu schwächen. Darauf wurde der Schluß der Verhandlungen über die allgemeine Politik durch Handaufheben beschlossen.

Die Kammer lehnte die von der Regierung verworfene Erklärung der einfachen Tagesordnung mit 368 gegen 95 Stimmen ab und nahm durch Handaufheben eine Vertrauensstimmungsordnung an, die lautet:

Da die Kammer der Ansicht ist, daß nur ein enges Zusammenwirken zwischen der Regierung und den Verbündeten auf diplomatischem Gebiet durch den Sieg einen dauerhaften Frieden verbürgen kann und weiter, daß es ein Verbrechen sein würde, die Zustimmung des Landes von diesen wichtigen Zielen durch die Annäherung von Ständen, die die Einigungen und die Einigkeit der Nation gefährden könnten, abzuwenden, indem sie darauf rechnen, daß die Justiz schnell und gütlich ihr Werk verrichtet, richtet die Kammer an die Armee der Republik den Ausdruck ihrer schärfsten Bewunderung, drückt der Regierung ihr Vertrauen aus und geht zur Tagesordnung über.

Bern, 19. Okt. (M.B. Nichtamtlich.) Später Blätter melden aus Paris: Die gestrige Kammer Sitzung verlief sehr unruhig. Dejeanet machte Mitteilungen von der Interpellation Ribot über die allgemeine Politik der Regierung. Chaumont erklärte namens der Regierung, die Erörterung der Interpellation könne erst am Freitag stattfinden, wogegen zahlreiche Deputierte lebhaft Einspruch erhoben. Unter allgemeiner Bewegung sollte Ribot das heutige Datum für die Erörterung fest. Bei den Ausführungen des Marineministers Chaumont, welcher erklärte, der Krieg dauere an und der Kriegsminister habe die Pflicht — fort an zu kämpfen. Die ganze Kammer lachte, jedoch Chaumont nicht verächtlich machen konnte. Er erklärte, er beidseitig dem Patriotismus nicht, wenn er feststelle, daß der Krieg andauere. Der Kriegsminister könne der Kammer Sitzung nicht beimohnen (Ausrufe Ha! Ha! und auf der äußersten Linken), die Regierung wolle sich aber nicht der Debatte entziehen. Unter außergewöhnlicher Aufregung, besonders der von radikalen Sozialisten und der Sozialisten, wurde sodann die Abstimmung vorgenommen. Nach dem die Ruhe einigermaßen wiederhergestellt war, begann die Erörterung über verschiedene Gesetzesentwürfe. Das Gesetz, das die Beschränkung der Kapitalgelder auf fünf Prozent aufhebt, wurde angenommen, ferner ein Antrag, der es den Elßaß-Lothringern gestattet ihre Namen zu französisieren.

Die russische Diplomatie bleibt im alten Fahrwasser.

Berlin, 19. Okt. (M.B. Nichtamtlich.) Ueber die Zustände in der russischen Diplomatie schreibt die „Berliner Tagblatt“ unter dem 16. Oktober: Es ist eine bekannte Tatsache, daß in den russischen Auslandsvertretungen, in den Botschaften wie in den Konsulaten, die alte russische Bürokratie weiter waltet. Der Zar ist politisch wenigstens, aber die imperialistische Tendenzen des alten Zarismus leben fort und blühen in der russischen Auslandsvertretungen so kräftig, als wenn sich in dem Regierungssystem Rußlands seit dem März nichts geändert hätte. Einige Spitzen sind da und dort beilegt, aber im übrigen blieb das Personal das gleiche. Es wird der „Lagoda“ aus St. Petersburg von durchaus unterrichteter Seite gemeldet, daß vielfach die von Betrug einlaufenden Instruktionen, sofern sie in die alte imperialistische Politik nicht hineingepaßt, unbenutzt beiseite gelegt werden. Wie gering in Paris die Achtung vor der provisorischen Regierung bei den Beamten der Botschaft ist, zeigt die Tatsache, daß die gegenwärtige Regierung dort nie anders bezeichnet wird als „Sowjet Arbeiter- und Handwerker-Deputierten“, was zu deutsch „Rat der Arbeiter- und Handwerker-Deputierten“ heißt. Im Jowolsky (waren sich Vermande des Kaiserlichen Hofes und die Angehörigen des alten russischen Adels, der Großgrundbesitzer, der Großindustriellen und der alten Beamtenklasse). Die Botschaft in Paris steht ganz unter dem Einfluß dieser Kreise. Sie scheut sich nicht, häufig völlig eigenmächtig zu handeln und die Grundprinzipien, zu denen sich in den Märztagen 1917 das russische Volk bekannte, außeracht zu lassen. Die französische Regierung achtet sich bekanntlich ganz nach den Intentionen Jowolsky. Schon sind einige leitende Stellen mit neuen Männern besetzt und andere Veränderungen stehen bevor. Es ist zu hoffen, daß diese Männer die Energie und den Willen haben werden, den unverantwortlichen Einfluß der Anhänger des alten Regimes zu brechen, damit endlich einmal die russischen Auslandsvertretungen die Politik verfolgen, die dem Wunsche der überwiegenden Mehrheit des russischen Volkes entspricht.

